

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Verjammlungsbelegblätter kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegblätter werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Alteschloßer Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegramm-Nr.: Vtbergand Bochum.

Gegen die Verbandszerstörer!

Durch festes fleißiges Arbeiten aller Kameraden, besonders der Funktionäre, und durch entschiedenes Eintreten für die Rechte der Bergarbeiter war es schon während der letzten ein- einhalb Jahre vor Ausbruch der Revolution gelungen, unserem Verbands große Scharen neuer Mitglieder zuzuführen. Durch die revolutionären Umwälzungen schnellte die Mitgliederzahl bis zum Schlusse des 1. Vierteljahres 1919 auf 422 000 Mitglieder hinauf. Wäre die Einigkeit aller Verbandsmitglieder erhalten geblieben und hätten nicht unverantwortliche kommunistische Elemente unserem Bestreben entgegen gearbeitet, dann dürften wir damit rechnen, daß der Verband in diesem Jahre eine halbe Million Mitglieder erreicht hätte. Unser Verband wäre dann eine mächtigste Zusammenfassung aller regsamsten und vorwärtsstrebenden Bergarbeiter gewesen und hätte Macht genug besessen, die berechtigten Interessen der Bergarbeiter mit Nachdruck zu vertreten und durchzuführen. Alle Arbeiter- feinde sahen mit Unbehagen, wie sich unser Verband zum Nutzen seiner Mitglieder entwickelte. Im Geheimen legten sie die Hoffnung, daß diese Entwicklung gestört werden möchte, damit sie dann wieder unumschränkt über die Bergarbeiter herrschen könnten. Dieser geheime Wunsch der Gegner unserer Organisation ist leider in Erfüllung gegangen. Schon gleich nach Ausbruch der Revolution tauchte im Ruhrrevier die „Freie Vereinigung der Bergarbeiter“ auf, die eine wilde Agitation gegen den Verband und seine Führer in Szene setzte und so besonders in Gansborn, Marloh und Umgegend die Entwicklung des Verbandes störte. Dann wurde noch ein „Reichsverband“ und später von kommunistischer Seite die „Allgemeine Union der Bergarbeiter“ gegründet. Letztere will sich als Schachtorganisation einführen. Die Gründer und Agitatoren der „Union“, des „Reichsverbandes“ und der „Freien Vereinigung“ scheuten auch vor den gemeinsten Verleumdungen und Verdrehungen gegenüber unserem Verbands und seinen leitenden Personen nicht zurück. Man gab offen zu, daß unser Verband vernichtet werden müsse. Ihr Kampf richtete sich in der Hauptsache nicht gegen das Unternehmertum, sondern gegen unseren Verband, der während seiner dreißigjährigen Existenz doch sicher bewiesen hat, daß er die Interessen der Bergknappen zu wahren versteht. Durch die wilde Agitation und den Kampf gegen unseren Verband haben die Unionisten und deren Helfershelfer nur erreicht, daß ein Teil der neugewonnenen Mitglieder wieder in das Meer der Unorganisierten zurückgefallen ist. Diese Unorganisierten freuen sich, daß sie nicht mehr zu zahlen brauchen, denn Opferwilligkeit ist noch nie ihre starke Seite gewesen. Statt einer Stärkung der Stohkraft der Bergleute durch die Gründung der angeblich revolutionären Bergarbeiterorganisationen ist das Gegenteil, nämlich eine Schwächung, eingetreten. Erfreulicherweise ist aber in letzter Zeit ein Umschwung erfolgt. Ein nicht unerheblicher Teil der verführten Kameraden ist zur Einsicht gekommen. Sie haben den Weg zum Verbands zurückgefunden. Den Schreibern wird mehr auf

die Finger wie auf den Mund gesehen. Manche dieser Schreier und Verbandszerstörer haben ihr Ende schon gefunden. Die Berichte aus den Zählstellen zeigen, daß im Ruhrrevier der Tiefstand überwunden ist. Die alten bewährten Mitglieder gehen wieder mehr aus sich heraus und bringen den Verband wieder vorwärts.

Jedoch nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch in anderen Bergrevieren hat die Zerstörungsarbeit eingesetzt. Wiederholt haben die Unionisten schon im sächsischen Steinkohlenbergbau ihr Glück versucht. Sie sind dabei aber immer abgefallen. Auch in den Kali- und Braunkohlenrevieren treiben sie ihr Unwesen. In Oberschlesien kann die Bergarbeiterschaft infolge der kommunistischen und großpolnischen Forderungen nicht zur Ruhe kommen. Ein Generalstreik folgt dort dem andern. Auch in diesen Revieren wird mit allen nur erdenklichen Mitteln unser Verband bekämpft. Der Erfolg ist aber wohl nicht groß genug gewesen, denn jetzt soll ein umfassender Versuch zur Erfassung aller revolutionären Bergleute gemacht werden. Der sogenannte Bezirksbergarbeiterrat in Halle erläßt einen Aufruf, worin er zunächst vor der sozialistischen „Union“ warnt, weil dadurch die Kräfte zerplittert würden. Er kündigt aber an, daß eine alle Reviere umfassende „Materorganisation“ gegründet werden solle. Die Vorarbeiten dazu wären schon im vollen Gange. Es genügt dem Bezirksbergarbeiterrat anscheinend noch nicht, daß außer den vier anerkannten Bergarbeiterverbänden bereits drei bis vier Zersplitterungsorganisationen bestehen, sondern es soll noch eine weitere gegründet werden. Er begreift es auch nicht, daß durch diese Zersplitterung die Geschäfte der Bergherren und der sonstigen Gegner der modernen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung befragt werden. Die große Uneinigkeit, die in der Arbeiterbewegung leider besteht, hat bei unseren Gegnern die Hoffnung erweckt, daß sie über kurz oder lang wieder zur Herrschaft kommen. Dies soll und darf aber nicht eintreten. Bei einem eventuellen Rutsch der Reaktionäre von rechts müssen die Bergleute einmütig zur Abwehr bereit stehen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn alle freischheitlich gesinnten Bergleute in unserem Verbands organisiert werden und hier ihre Interessenvertretung finden. Dies hat die 21. Generalversammlung unseres Verbandes im Juni erkannt und sich einstimmig für die Geschlossenheit des Verbandes ausgesprochen.

Großes ist durch unseren Verband schon für die Bergarbeiter erreicht worden. Im Braunkohlen-, Kali-, Erzbergbau und in einigen Bezirken des Steinkohlenbergbaues sind bereits Tarifverträge abgeschlossen. Die Verbandsvertreter haben bei diesen Verhandlungen die Interessen der Bergleute mit Nachdruck vertreten und günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Große Aufgaben harren aber noch der Erfüllung. Im Ruhrrevier stehen wir auch vor den Tarifverhandlungen. Hier handelt es sich um das größte Revier mit über 400 000 Bergarbeitern. Wir wissen, daß die Verhandlungen um den Tarif äußerst schwierig sein werden, denn wir haben es hier mit dem

mächtigsten Unternehmertum zu tun. Durch den Tarifvertrag sollen nicht nur geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen werden, sondern es soll im Tarifvertrag die Demokratisierung der Betriebe ihren Ausdruck finden.

Bei den Tarifverhandlungen werden unsere Vertreter mit Nachdruck dafür eintreten, daß nur die in den vier Bergarbeiterverbänden organisierten Bergarbeiter die erzwungenen Vorteile genießen dürfen; denn wer nicht sieht, der soll auch nicht ernten.

Feiner haben wir die Knappschaffsreform noch zu erledigen. Auch hier stehen wir vor großen Aufgaben, denn es wird nicht leicht sein, das so hundertfache deutsche Knappschaffswejen unter einen Hut zu bringen.

Dennächst wird auch das Betriebsrätegesetz vor der Nationalversammlung verabschiedet werden. Wir werden bestrebt sein, das Gesetz im Sinne der Bergarbeiterforderungen zu verbessern. Nachdem das Gesetz aber in Kraft getreten sein wird, muß es unter Bestreben sein, dem Gesetz den notwendigen Geist einzubringen, denn der Buchstabe tötet, der Geist macht lebendig. Das beste Gesetz taugt nichts, wenn es die Arbeiter nicht anzuwenden verstehen. Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß man die besten Kameraden in die Betriebsräte wählt, und dann müssen diese in Unterrichtsstunden und Konferenzen für ihre großen Aufgaben geschult werden. Der Verband ist schon zu einer Zeit für das Mitbestimmungsrecht der Arbeitervertreter in den Betrieben eingetreten, als die „radikalen“ Drahtzieher noch nicht daran dachten. Er wird auch in diesem entscheidenden Ringen um die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens ein treuer Vertreter der Bergarbeiterrechte sein.

Dies alles wird gefährdet und droht zu scheitern, wenn die Zersplitterung der Bergarbeiter abetmals um sich greift und so die Interessensolidität und Gleichgültigkeit immer mehr zunimmt. Es steht Großes auf dem Spiele. Wir rufen deshalb allen Mitgliedern in erster Stunde zu:

Halte fest am Verband!

Treibt die Unorganisierten zu Haaren und führt sie als neue Mitglieder dem Verbands zu. Werft die Verdrängung und Latentlosigkeit von euch, denn nur dem Mutigen gehört die Zukunft. Weist aber auch alle Zersplitterer von euch. Alle „linksradikalen“ Elemente, die Bergarbeiterorganisationen neu gegründet haben oder noch gründen wollen, begehren ein Verbrennen an der Bergarbeiterschaft. Wir brauchen für die Durchführung unserer großen Aufgaben eine starke, mächtigste Bergarbeiterorganisation. Das kann nur die in dreißigjähriger Tätigkeit erprobte Organisation, der Bergarbeiterverband, sein. Stärkt diesen, wo ihr nur könnt, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit kann uns in der Zukunft vorwärts bringen. Habt Vertrauen zu euch selbst und zu eurem Verbands. Seid einig, einig, einig!

Bochum, den 6. September 1919.
Der Verbandsvorstand.

Die Schichtzeit der französischen Bergleute.

Die gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs (Deputiertenkammer und Senat) haben einige Abänderungen der für die Bergwerksarbeiter geltenden Artikel 9-13 des Gesetzes für Arbeit und soziale Fürsorge beschlossen. Sie betreffen die Schichtzeit der Grubenarbeiter und sind deshalb für uns gerade jetzt von besonderem Interesse. Ehe wir die vom 24. Juni 1919 ab geltenden neuen Gesetzesbestimmungen betrachten, machen sich einige Ausführungen über die frühere und jetzige Lage der französischen Kohlenindustrie notwendig.

Frankreichs Steinkohlenförderung betrug 1913 rund 40 Millionen Tonnen. Hieron lieferten die Reviere Pas de Calais 20,75, Nord 6,81, Loire 3,77, Saone et Loire 2,21, Gard 2,11. Von der Gesamtförderung entfielen also über 27 Millionen Tonnen (über 67 Prozent) auf die zwei erlängtesten Reviere und diese waren ein Hauptausfuhrort des jahrelangen Weltkrieges. Von den Hunderten von Schächten im Pas de Calais und im Nordrevier werden nur verhältnismäßig wenige ganz unbeschädigt sein, die große Mehrzahl ist durch Sprengfeuer schwer mitgenommen, sehr viele sind durch Sprengungen aus Jahre hinaus betriebsunfähig gemacht, sie sind „erloschen“. Das geschah hauptsächlich erst gegen Ende des Krieges, als die deutschen Truppen das jahrelang besetzte Gebiet vor dem Druck des übermächtigen Gegners räumen mußten.

Infolge der Kriegsvorgänge in Frankreich ging dort die Kohlenförderung riesig zurück. 1915 betrug die gesamte französische Steinkohlenförderung nur noch 19,91 Mill. To., sie hob sich 1916 auf 21,48, 1917 auf 28,96 Mill. To. Zum Sommer 1918 begann der fürchterlich zerstörende Endkampf im Westen, um Nordfrankreich wurde besonders hart gerungen. Die bergmännische Tätigkeit, soweit sie bis dahin überhaupt noch vor sich gegangen war, mußte wenigstens im Nordrevier ganz ein- gestellt werden. Im Jahre 1918 förderte Frankreich nur 26,30 Mill. To., durchschnittlich pro Monat nur 2,192 Mill. To. Wieviel davon auf Pas de Calais und Nord entfallen sind, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Die vom Kriege unberührt gebliebenen mittel- und südfranzösischen Kohlenreviere haben mit vergrößelter Belegschaft und täglich eine Stunde verlängerter Arbeitszeit zweifellos nur eine erheblich stärkere Gewinnung erzielt. Für die ersten fünf Monate 1919 wurde in der Senats- sitzung vom 17. Juni berichtet, die Monatsförderung stieg sich durchschnittlich auf 1,889 Mill. To. Mithin ist trotz des Freiwerdens Nordfrankreichs eine bedeutende Senkung der Gesamt- kohlenförderung eingetreten.

Den Förderrückgang seit dem Kriegsende führte der Senatspräsidentenrat zurück auf: 1. Ausbleiben der dem Waffenstillstand folgenden; 2. Fortfall der freiwilligen Arbeitsübernahme, die von den Bergleuten seit Herbst 1914 bis Februar

1919 geleistet wurde; 3. Zurückziehung von Kriegsgefangenen, die in den Gruben gearbeitet haben; 4. Fortgang von einheimischen Arbeitskräften, die während des Krieges zur Arbeit in der Grube kommandiert bzw. rekrutiert waren. Im März 1919 belief sich die in der Bergwerksindustrie beschäftigte Zahl der Arbeiter auf 152 849, wovon 97 818 Untertagsarbeiter. (Zum Vergleich sei mitgeteilt, daß vor dem Kriege rund 200 000 Kohlenbergwerksarbeiter gezählt wurden, davon 145 000 unter Tage.)

Die Untertagschichtzeit der französischen Kohlenbergleute war vor dem Kriege 8 1/2-stündig einschließlich Ein- und Ausfahrt. Die eigentlichen Bergleute hatten eine Arbeitszeit von acht Stunden. Die Schicht bzw. Arbeitszeit ist in Anbetracht der nationalen Notlage von den Arbeitern während des Krieges — bis Februar 1919 — freiwillig um eine Stunde verlängert worden! (Die französischen Bergarbeiter stehen also nicht auf dem unünftigen Standpunkt, sie hätten „kein Vaterland“, obgleich der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten in Frankreich ebenso scharf ist und war wie in Deutschland. Der Durchschnittslohnverdienst stellte sich 1913 im Pas de Calais und Nordrevier, wo die höchsten Löhne vorkommen, nur auf 6,20 Franks für die Unter- und auf 4,13 Franks für die Obertagsarbeiter.)

Nach Abschluß der Kriegshandlungen verlangten auch die französischen Bergarbeiter eine Schichtverkürzung bis auf sechs Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt und drohten mit Streik, wenn die Forderung nicht erfüllt würde. Teilweise kam es schon zu Arbeitseinstellungen. Infolge Verhandlungen mit Regierung und Unternehmern kam es zu einer Verständigung, die in dem Gesetz vom 24. Juni 1919 zum Ausdruck gekommen ist. Dieses Gesetz ist nun maßgebend für die Schichtzeit der französischen Kohlenbergleute.

Artikel 9 des Gesetzes bestimmt:

„Der Arbeitstag der mit den unterirdischen Arbeiten beschäftigten Grubenarbeiter darf eine Dauer von 8 (acht) Stunden nicht übersteigen und sie werden von Tag zu Tag berechnet einschließlich der Pausen, deren Gesamtdauer höchstens eine halbe Stunde betragen wird sowie der für Ein- und Ausfahrt erforderlichen Zeit.“

Danach gilt die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und höchstens eine halbe Stunde Pause (für die Einnahme der Mahlzeit) nur für die Untertagsarbeiter. Die Schichtzeit wird berechnet „von Tag zu Tag“ („du jour au jour“), oder, wie man in England sagt: „from bank to bank“ („von Bank zu Bank“). In der Arbeitsordnung sollen nähere Bestimmungen darüber getroffen werden, daß die Ausfahrt in derselben Reihenfolge erfolgt wie die Einfahrt. Danach soll der erste Mann, der den Korb zur Einfahrt betritt, auch der erste bei der Ausfahrt sein, wenn ihn nicht „höhere Gewalt“ daran hindert. Nach

Abzug der Ein- und Ausfahrtszeit und der Pause würde sich nach einer „eigentlichen“ Arbeitszeit von 6 1/2-7 Stunden ergeben, je nach der Ausdehnung der unterirdischen Betriebspunkte. Von einer Sechsstundenschicht sind also die französischen Bergleute noch weit entfernt. Es bedarf vorerst noch einer internationalen Verständigung, damit die französischen Untertagsarbeiter wenigstens die Schichtzeit der deutschen erhalten, die ja nun in den Kohlenbergwerken 7-7 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt beträgt. Dem Ziel der Sechsstunden einschließlich, das auch die französischen Bergarbeiter erstreben, sind sie noch nicht so nahe gekommen wie ihre deutschen Kameraden. Es liegt aber im allgemeinen Interesse, daß über den Zeitpunkt der Einführung der Sechstundenschicht eine internationale Vereinbarung erfolgt, damit kein Land dem andern Schmutzkonkurrenz machen kann. Die deutschen Kohlenbergleute haben gegenwärtig meist eine um durchschnittlich bis zu einer Stunde für- zere Schichtzeit als die französischen. (Für die englischen Kohlenbergleute besteht gegenwärtig eine gesetzliche Schichtzeit von 7 Stunden 39 Minuten einschließlich Ein- und Ausfahrt.)

Weiter bestimmt Artikel 13 des französischen Gesetzes:

„Im Falle des internationalen Bedürfnisses kann der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge nach Anhörung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen Abänderungen der Artikel 9-12 genehmigen, deren Zeitdauer festzusetzen ist.“

Nach diesem Beschluß kann also der Arbeitsminister auch eine zeitweilige Schichtverlängerung bestimmen, wenn die nationalen Bedürfnisse es erfordern. Im Gesetzesvorschlag der Regierung stand nun, von jenem Rechte könne der Minister „im Falle eines Krieges“ Gebrauch machen. Das Parlament aber erweiterte dieses Recht, indem es nicht nur den Kriegszustand, sondern die Befriedigung eventueller nationaler Bedürfnisse überhaupt als eine Notlage voraussetzte, deren Hilfe eine zeitweilige Verlängerung der Bergwerkschicht notwendig machen könne. Es wurde u. a. dafür geltend gemacht, in der früheren Schichtzeit seien pro Arbeiter 770 Kilogramm täglich gefördert worden; infolge der Schichtverkürzung würde die Produktion wahrscheinlich nur noch 666 Kilogramm betragen. Angesichts der ungeheuren Kohlennot müsse man als Notstandsarbeit zu einer wenn auch nur vorübergehenden Schichtverlängerung übergehen können.

Die französischen Bergleute haben sich mit dieser Regelung ihrer Schichtzeit einverstanden erklärt. Der angekündigte Generalstreik ist unterblieben. Die Bereitwilligkeit der französischen Grubenarbeiter, während des Krieges eine regelmäßige einständige Schichtverlängerung auf sich zu nehmen, wurde in der gesetzgebenden Körperschaft als ein Beweis patriotischer Gesinnung gerühmt. Das Einverständnis der Bergleute auch mit

der Gesetzesbestimmung, die, wenn es die nationalen Bedürfnisse erfordern, eine zeitweilige Verlängerung der jetzigen Schichtzeit vorseht, zeigt ebenfalls darauf, daß den französischen Bergleuten das Schicksal ihrer Nation keineswegs gleichgültig ist. Die Phrase: „Wir haben kein Vaterland!“, wird von den französischen Bergleuten nicht angenommen. Otto Hue.

Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau.

Die Kommission zur Prüfung der Schichtzeitfrage für die unterirdische Bergbau im Ruhrgebiet hat ihre Arbeiten am 11. August aufgenommen und am 22. August einstweilen geschlossen. In dieser Zeit wurden 18 Vorträge abgehalten, außerdem viele Besprechungen und Verhandlungen vorgenommen. Wenn es den Bestrebungen der wissenschaftlichen Vertreter auch nicht gelang, formell eine völlige Einigung der Parteien herbeizuführen, so wurde doch in den wesentlichsten Punkten eine Übereinstimmung erzielt. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, auf diplomatischem Wege unverzüglich an alle in Betracht kommenden Länder heranzutreten, um die Frage der Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen. Ferner wurde dem Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen, die Kommission in Permanenz zu erklären, um an der Durchführung der für eine etwaige Einrichtung der Sechsstundenschicht notwendigen technischen Vorkehrungen mitzuwirken. Am November soll dann die Kommission wieder aufzusammuntren, um festzustellen, ob zur Durchführung dieser Maßnahmen die Sechsstundenschicht ohne Gefährdung der deutschen Volkswirtschaft zum 1. Februar 1920 möglich sei wird.

Wie wir schon in Nr. 34 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten, gehörte der Kommission u. a. auch Herr Berggraf a. D. Georg Gotthein an, der den Bergarbeiterforderungen immer freundlich gegenüberstand. Gotthein ist auch Mitglied der Nationalversammlung und Reichsminister a. D. Dieser schreibt im „Berliner Tageblatt“ vom 29. August:

„Die Kommission, welche in Essen sich mit der Sebung der Sechsstundenschicht befaßt, hat beschlossen, die Frage der Einführung der Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen.“ Sie will an der umgehenden Durchführung der für eine etwaige Einrichtung der Sechsstundenschicht notwendigen technischen Vorkehrungen mitwirken. Ende November will sie feststellen, ob das bis zum 1. Februar 1920 möglich ist.

Die Welt leidet schwerem Kohlenmangel, jede Bautätigkeit, die Industrie, der Verkehr stockt, weil der Brennstoff fehlt. Um diese fürchterliche Not zu befeitigen, berät man, ob die ohnehin außerordentlich eingeschränkte Arbeitszeit verkürzt werden soll.

Eine übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit führt zu einer Verringerung der Arbeiterleistung; daher bin ich für die Sechsstundenschicht im Bergbau nicht zu einer Zeit eingetreten, als man auf die zehnstündige nicht verzichten zu können glaubte. Die letztere habe ich im Reichstag als „Raubbau an Menschenkraft“ bezeichnet. In allen Gewerben bin ich gegen Überforderungen aufgetreten, weil sie nur wenige Tage lang eine Mehrleistung, dann aber eine Minderleistung bringen. Wie habe ich freilich für die Fabrikarbeit den allgemeinen Achtstundentag verlangt, weil er — wo es sich nicht um besonders schwere körperliche Arbeit handelt — keine sanitäre oder soziale Notwendigkeit ist. Weil die Fabrikationseinrichtungen in acht Stunden nicht so ausgenutzt werden können wie in zehn Stunden, die Summe der Fabrikate also wesentlich geringer, sie selbst erheblich teurer werden müssen. Wird aber weniger produziert, so kann auch nur weniger konsumiert werden, und es wird der Standard of life (Lebenshaltung) des ganzen Volkes herabgedrückt, nicht etwa bloß der der oberen Klassen. Denn der Luxusverbrauch Weniger wiegt gegenüber dem Massenverbrauch nur eine verschwindende Rolle.

Eine Verkürzung der Schicht von acht auf sieben und gar auf sechs Stunden kann durch verstärkte Intensivierung der Arbeit keinen Ausgleich bringen. In die Schichtzeit fällt die Ein- und Ausfahrt, der Weg in der Grube vom Schacht bis vor Ort und zurück; sie nehmen gleich viel Zeit in Anspruch, ob die Schicht acht oder sechs Stunden dauert. Aber auch nur sechs Stunden kann der Bergmann vor Ort, der Schleppe oder Wagenheber nicht ununterbrochen arbeiten. Er braucht eine mindestens halbstündige Pause dazwischen, ganz abgesehen von kleineren, sich aus der Natur der Arbeit ergebenden. In der sechsstündigen Schicht kann also nur zwei Drittel soviel wie in der achtsündigen geleistet werden.

Aber auch die Schächte und Fördererichtungen können in sechs Stunden nicht entfernt daselbe herausschaffen wie in acht Stunden. Und jede Störung in der Förderung macht sich, je kürzer die Fördererichtungen sind, um so nachteiliger bemerkbar. Sowohl bei achtsündiger wie bei sechsstündiger Schicht kann in zwei einander folgenden Schichten gearbeitet und gefördert werden. Das geschieht heute schon vielfach zur besseren Ausnutzung der Förderanlagen. Aber man braucht, wo man das erst einführen will, sehr viel mehr Arbeiter. Nun kann auch der Steinkohlenbergbau eine große Zahl nichtgelernter Arbeiter verwenden, die sich erst im Laufe der Jahre zu eigentlichen Bergarbeitern heranzubilden. Aber für sie müssen — auch wenn man die Arbeitslosen der Großstädte in die Grubengebiete überführt — erst Wohnungen gebaut und eingerichtet werden. Das ist bis zum 1. Februar 1920 in solchem Umfang unmöglich, denn es fehlt gerade infolge des Kohlenmangels an Baumaterial.

Erst recht nicht kann man in so kurzer Zeit die Betriebs-einrichtungen so erweitern, daß in der verkürzten Arbeitszeit mehr gefördert wird als in der jetzigen. Ehe ein Steinkohlenbergwerk in volle Förderung kommt, vergehen fünf Jahre. Während des Krieges kam es darauf an, mit wenig Arbeitern viel Kohlen zu schaffen. Man mußte daher notgedrungen Raubbau treiben, das heißt die Gesteinsarbeiten vernachlässigen. Immer wieder habe ich während des Krieges darauf hingewiesen, daß das nur eine beschränkte Zeitdauer möglich sei und man hinterher das Verfallene doppelt nachholen müsse. Je weniger fertig ausgebaute Gruben, je weniger vorgefertigte Lagerstätten man aber zur Verfügung hat, um so intensiver müßte man sie jetzt ausnützen. Statt dessen will man die Schichtzeit noch weiter verkürzen. Das ist das Resultat der Kommissionsberatungen im Ruhrrevier, deren Aufgabe es sein sollte, die Kohlennot zu beheben! Vor der Revolution galt ich auch bei den Sozialdemokraten als ein Mann, der soziales Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiter, speziell der Bergarbeiter, hatte. Heute werde ich ja auch auf diesem Gebiet als reaktionär verächtlich werden, wenn ich mit aller Entschiedenheit gegen diese kulturverderbliche Forderung Front mache. Sie ist auch international nicht zu erfüllen, denn in allen Ländern müßte sie aus den oben angeführten Gründen zu einer starken Verminderung der Kohlenproduktion führen. Damit aber zur Einschränkung aller gewerblichen Tätigkeit, des Verkehrs, der Wohngelegenheit.

Fehlt es an Brennmaterial, so muß sich jede Familie in ihrer Wohnung auf äußerste beschränken, ist an Kleinverteilung, an das Einfamilienhaus, das nun einmal ein Kohlenreicher ist, gar nicht zu denken. Es geht dann aber auch nicht an, sich nur in der kalten Jahreszeit mit der Zimmerheizung zu beschränken, denn in einer Mehrzimmere Wohnung erfordert das Heizen nur eines Zimmers zwischen mehreren unheizten einen ganz unverhältnismäßigen Kohlenverbrauch. Letzten Endes ist in anderem Klima die Wohnraumfrage eine Kohlenfrage. Dabei ist noch gar nicht in Betracht gezogen, daß die Herstellung fast aller Baumaterialien großen Brennmaterialverbrauch bedingt.

Je geringer die Ausnutzung der Fördererichtungen, je kürzer die Schichtdauer der Kohlenbergwerke, um so teurer die Kohlen, um so größer die Zahl derer, die feiern müssen, weil die Fabriken wegen Kohlenmangel nicht arbeiten können, die Weiden aus dem gleichen Grund den Verkehr einschränken müssen. Um so teurer bei der dann herrschenden Warenknapp-

heit aber auch alle Waren, um so stärker die Entwertung des Geldes, um so größer die Not des Volkes, um so weniger Aus-sichtswahrscheinlichkeit, daß wir Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland beziehen können. Das muß sich letzten Endes an den Bergleuten selber rächen, denn alles, was sie brauchen, damit ebenfalls verteuert wird. Wer dem Volk vorredet, daß es auf andere Weise als durch hingebende Arbeit seine Lage verbessern kann, ist ein politischer Brunnengräber. Das mag altmodisch klingen, bleibt aber wahr. Das ist kein politischer Duktus, denn auch politisch muß ein Volk ernsthaft arbeiten, sich durch-zusetzen, aber es darf sich weder von der Phrasen, noch von kurz-sichtiger Egoismus beherrschen lassen.

ist das Pflichtgefühl gegenüber den eigenen Volksgenossen beim deutschen Bergarbeiter denn so zurückgegangen, daß es ihm gleichgültig ist, ob Millionen im Elend verkommen, um damit er einen kleinen, auf die Dauer gar nicht haltbaren Vorteil hat? Gewiß hat die Ueberbahrung des Geldes die Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in dem viereinhalbjährigen Krieg dazu geführt, das Pendel jetzt stark nach der anderen Seite aus-schlagen zu lassen, aber so viel Vernunft, so viel sittliche Er-wägung müßte ihm doch verblieben sein, sich fürchtbares Un-glück abzuwenden.

Der Vorschlag der Essener Kommission ist ein dilatorischer. Man schiebt die Entscheidung hinaus, in der Hoffnung, die Ar-beiter werden selbst einsehen, daß die Sechsstundenschicht — jedenfalls in den nächsten Jahren — nicht durchführbar ist. Man hält damit aber Millionen lebendig, die sich nicht verwirklichen lassen: man wurzelt fort.

Man könnte den Bergarbeitern entgegenkommen, indem man mit ihnen nur fünf Arbeitstage in der Woche, in diesen aber die achtsündige Schicht vereinbart. Auch das wäre in der Zeit einer derartigen Kohlenkrise kaum zu verantworten, würde aber doch gegenüber den augenblicklichen Verhältnissen, eine wenn auch recht mäßige Steigerung der Förderung bedeuten.

Im übrigen wozu man die Arbeitslust durch gute Verleserung mit Fett und anderen Nahrungsmitteln, vor allem mit einem gesunden Gedingewesen an, bei dem der Fleißige reich-lich verdient und der Faule sich antunzen muß!

Man bevorzuge den Bergbau bei der Belieferung mit Ma-schinen, Werkzeugen, Materialien und Reparaturen! Ihn und die Eisenbahnen leistungsfähig zu machen, ist die Aufgabe, die jetzt allen ändern vorangeht. Man tue alles, um den nicht un-bedingt notwendigen Kohlenverbrauch einzuschränken! Auf diesem Gebiet gibt es noch wichtige Arbeit. Man entlaste rasch die Eisenbahn, indem man die Kohle am Gewinnungsort in elektrische Kraft umwandelt und diese an entfernt gelegene Arbeitsstätten überträgt.

Der Ernst der Stunde zwingt, nichts unversucht zu lassen.“

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände sind schon bei den Verhandlungen im Essener Rathausaal am 9. April 1919 ent-schieden für die Sechsstundenschicht für die unterirdische Berg-bau im Ruhrgebiet eingetreten und sie halten daran fest. Unsere Vorkonferenz Generalversammlung hat dazu einstimmig beschlossen:

„Der Vorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die sechs-stündige Schichtzeit für alle unterirdisch beschäftigten Arbeiter möglichst bald, spätestens jedoch am 1. Januar 1920 international eingeführt wird. Vor Arbeitsstätten mit hoher Temperatur soll die Arbeitszeit entsprechend kürzer sein.“

Herr Berggraf a. D. Gotthein hält die Sechsstundenschicht für unumkehrbar. Wir haben seinen Artikel im Wortlaut übernommen, damit unsere Mitglieder keine Gründe kennen lernen. Jedenfalls ist die Lösung dieser Frage nicht so einfach, wie es die Reichsorgane vorstellen. Die Arbeitervertreter in der Kommission haben eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen. Hoffen wir, daß sie so gelöst werden kann, wie es im Interesse des Volksganges notwendig ist.

Erinnerungen eines wandernden Bergmanns.

Schön ist Bergmanns Leben, herrlich ist sein Lohn, Seine Werte geben Glanz dem Königsthron.

Nachdem ich am 1. März 1891 auf Besse Kaiserstuhl gefahren war, vollzog ich tags darauf den Eintritt in den Verband. Die Bergarbeiter-schaft hand in diesen Jahren noch unter den Nachwirkungen des großen Pörs Streiks. Das Kapital hatte aber die Kumpels so nach und nach um alle Ertragsgegenstände des Streiks wieder betrogen. Hier und dort loberte noch ein Protest aus der Masse herab. Schon schickte alles und überließ es einigen wenigen, sich den Mund zu verbrennen. Kein Wunder, wenn die Löhne von Monat zu Monat immer mehr heruntergingen.

Das Jahr 1892 war denn auch glücklich ohne größere Störungen im Wirtschaftslieben verlaufen. Erst im Dezember jekte im Saarrevier die Bewegung ein, welche dann auch auf das Ruhrrevier übergriff. Wir schloßen uns denn auch am 11. Januar 1893 bis auf drei Mann dem Streik an. In demselben Tage wurde ich verhaftet. Man mußte anfangs gar nicht, weshalb man mich eigentlich eingekerkert hatte. Erst nachdem man mich drei Tage auf dem Polizeirevier festgehalten hatte, durfte wohl jemand einen Anklagepunkt entdeckt haben. Ich wurde vom Prokuristen dem Amtsgerichtsgewächshaus überliefert, wo man mich gerade leinigen guten Empfang bereite. Der Inspektor sagte mir: „Fort! Da haben Sie sich aber was schönes eingebrockt; unter anderthalb Jahren werden Sie wohl nicht bekommen.“ Ich fragte den Herrn, ob er denn über mich zu urteilen hätte, was er verneinte. Im Gefängnis fand ich denn eine gute Gesellschaft vor. Fritz Bunte, Gustav Schön-wald, Dr. Dieblich (Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“) und andere warteten auf ihre Aburteilung. Bunte und Schönwald kamen zuerst dran; Bunte erhielt ein Jahr, Schönwald vier oder fünf Monate Gefängnis. Die Staatsanwälte und Richter waren derzeit wie besessen. Sie wetteiferten förmlich miteinander, um die Sozialistenbrand, wie sie sagten, zu vernichten. Eines Morgens erfuhr ich, daß mich Kameraden verhaftet hatten, als ich zuerst angekommen hatte. Mir fiel ein Holz-laden zum Kaffeausleihen in der Finger, in den Schützigen aus-Saar-zopf mit dem Fingeranlegen folgendes eingekerkert hatte: „Ich habe ge-weist ganz einfach und einfach, gemacht vor dem Streik allgemein, doch meine Rede verstand man nicht und herrte mich hierauf ein.“ Auch er mußte seine Freiheit mit länger Monaten büßen.

Als ich mich eines Tages über die Lage in meiner Zelle be-freite, meinte der Inspektor, die Bergleute freilich, darum seien auch keine Kumpeln. Ich wußte aber bereits, daß der Streik zusammen-gebrochen war. Man belog mich also. Ich sagte den Herren, wenn die Bergleute noch streikten, würde ich ruhig weiter streiken, andernfalls verlangte ich meine Zelle geräumt. Die beantragte Aufnahme eines Protokolls wurde mir verweigert, meine Zelle aber wurde von da an geheißt. Einmalig ließ die Inspektion. Von einer Anklage hörte und sah ich nichts. Eines Morgens im Februar trat ein Herr zu mir in die Zelle und forderte mich auf, ihm zu folgen. Gehoramt auf die Dinge, die da kommen sollten, ging ich hinter ihm her, ohne zu wissen, wer er sei. Der Herr interessierte sich sehr für mich. Er konnte Schröder und Bunte und war gut bewandert in der damaligen Arbeiterbewegung. Richtig war ich aber doch und sagte ihm nicht mehr, als er wissen durfte und als mir nicht schaden konnte. Dennoch hatte ich mich ge-liefert. Nachdem wir uns etwa eine Stunde über oberhalb Dinge unterhalten hatten, sagte der Mann plötzlich zu mir: „Sie belügen mich! Wissen Sie auch, wer ich bin?“ Ich war wie angezogen. „Ich bin der Gefängnisgehilfe Bunte von Dortmund“, stellte er sich vor. Dann schimpfte er über die Bergarbeiterführer. Als seine Worte keinen Ein-druck auf mich machten, redete er sich noch mehr in Put. „Herr Inspektor, Sie belügen mich“, sagte ich endlich und verließ die Zelle. „So jung und schon so...“ rief mir der Inspektor nach. Seine weiteren Wis-sen habe ich nicht mehr verstanden.

Ein Tag nach dem andern verging, ohne daß die Anklage kam. Späterhin war sie doch, aber mit welchem Beschalt! Der Inspektor schaute

aus ihr heraus. Neben einigen schmerzlichen Sachen, welche man mir aber nicht abnehmen durfte, stand auch das, was ich dem Inspektor erzählt hatte. Aus einem Pastor war also ein Untersuchungsrichter bezw. Staats-anwalt geworden.

Am 28. Februar 1893 wurde Dr. Dieblich, August Böger und drei Monate aufgebracht. Dieblich wurde acht, Böger und mir je drei Monate aufgebracht. Auf meine Entlassungszeugen beriefste ich, da sonst noch mehr Kameraden auf Pfählen gestanden wären. Beim Verlesen des Urteils brach die junge Frau des Angeklagten Dieblich ohnmächtig zusammen. Das war keine erste Strafe für die gerechte Sache der Arbeiter. Ich wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Böger wurde schon vor dem Termin entlassen. Dieblich mußte, weil Stadt-verdacht vorlag, bleiben. Als ich nachmittags zum Gericht ging, um meine Papiere zu holen, ging Dieblich in meiner Zelle auf und ab. Das machte her sich wohl für Gedanken: was? Bei meiner Ent-laffung fehlte meine Uhr, die trotz langen Suchens nicht zu finden war. Ich beantragte Ersatz und Aufnahme eines Protokolls. Möglich fand man den Ersatz.

Jetzt blieb es, wieder Arbeit suchen. Aber wo? Tausende von Gemütsregungen liefen arbeitslos umher. Es war eine böse Zeit. Nach einigen Wochen gelang es mir aber doch, auf Königshorn in Seeren Arbeit zu bekommen. Dort traf ich eine große Anzahl Gemütsregler aus dem Dortmundgebiet, die hier nach langen vergeblichen Suchen ebenfalls Beschäftigung fanden. Wie vom Himmel gebiagt, ging ich aber bald von hier. „Reine“ Papiere verhalfen mir zur Unterkunft auf Besse Armonia. Mittlerweile hatte der Reichstag das Mandat des nationalliberalen Abgeordneten Böger für ungültig erklärt. Ob-wohl ich noch nicht wußte, weshalb das war, nahm ich an der Nachwahl teil. Auf der Besse wurde man denn auch sofort auf mich aufmerksam. Am Tage nach der Wahl bekam ich die Kündigung. Einige weitere Episoden, die sich während der Wahl abspielten, will ich übergehen, sonst käme man aus dem Lachen nicht heraus.

Im Juli mußte ich meine drei Monate abstrumen, weil die von mir eingelegte Revision verworfen war. So ging ich denn auf drei Monate in Staatsgefängnis, bis ich in freier Luft verließ. Nach Ab-lauf meiner Strafe wurde ich mit einer doppelten Entlassung beglückt, nämlich aus dem Gefängnis und von der Besse. Da ich meinen Ka-meraden von Königshorn wiederzukommen versprochen, ging ich nach Seeren und wurde auch eingestellt. Leider sollte der Aufenthalt in dieser gesunden Gegend nicht von langer Dauer sein. Am 4. Mai 1894 fuhr ich mit mehreren Kameraden zur Kaiserfeier nach Essen. Dort trafen wir viele alte Bekannte, darunter den alten Eckardt, Schröder, Hatt-mann, Widmann, Spürkel usw. Wir blieben aus diesem Grunde einige Tage der Arbeit fern, doch wurde niemand entlassen. Ich bekam Straf-arbeit. Da ich mich zur Wehre setzte, wurde ich gekündigt. Jetzt war wieder das Wandern des „Walters“ Luft. Ich klappte von Unna bis Duisburg auf 87 Schächten um Arbeit an, erhielt aber keine. Da mein Geld zur Neige ging, fuhr ich nach Gelsenkirchen zum Verbands-bureau und erfuhr, daß ich in Reddinghausen Arbeit bekommen könne. Hier angekommen, konnte ich mich wieder der Agitation widmen. Das war aber in Münsterland nicht so einfach. Eine Versammlung konnte nirgends abgehalten werden. Die wenigen Verbandsmitglieder wagten sich nicht an die Oberfläche. Bis Herter herunter, wo fast Dutzende von Jahrgängen mit Tausenden von Mitgliedern sind, mußten einige wenige die ganze Agitationsarbeit verrichten.

Wie schämen es hier war, beweist folgendes: Bei der Knappschäfts-aktienwahl 1892 war es dem Verbandskameraden Fischer gelungen, als Ertragmann gewählt zu werden. Da der gewählte Vertreter die Prüfung nicht bestand, kam Fischer an seine Stelle. Jetzt begann für ihn ein Martyrium. Am Tage nach der Prüfung wurde er gekündigt. Der Inspektor sollte unter allen Umständen gehindert werden. So kam aber anders. Fischer bekam auf keine Weise Arbeit und mußte nach sechs Monaten sein Mandat niederlegen. Er mußte dann einen Handel an. Die 20-Gewerkschaften von Gelsenkirchen und Essen nahen aber ihren Reuten, bei Fischer zu kaufen. Die Kumpels liegen sich einschüchtern!

und verschloßen dem die Tür, der für ihre Interessen eingetreten war. Der Fund wurde nun stärker. Das Jahr 1895 brachte den wirt-schaftlichen Aufschwung. Menschen wurden aus allen Weltgegenden aufammengeführt und in die Gruben geschickt. Eine anderthalb Schicht nach der andern mußte verfahren werden. Einige Kameraden ließen ihre Dauer vielfach im Stich und zogen mit einfacher Schicht heraus. Keiner verriet den andern, wenn am andern Tage der Vertriebsführer den Vorkünder einer Reue abblatte. Das Epitome begann. Lange dauerte es nicht und man hatte mich erwählt. Mit allen Mitteln verjagte man mich auf andere Wege zu bringen. Der Direktor wollte mich sogar den Besuch der Versammlung erwidern. Ich nahm natürlich an, daß ich auch fernhin politisch und gewerkschaftlich tätig sein könnte. Damit hatte man nicht gerechnet und so geschah sich die Sache. Nach einiger Zeit hatte ich mit dem Betriebsführer eine Auseinandersetzung, infolgedessen ich meine sofortige Entlassung verlangte und auch bekam.

Dann kam ich nach Wanne, wo ich fünf Jahre auf Schacht 34 in Arbeit stand, um schließlich wegen einer Waiseler wieder gekündigt zu werden. Seit 1889 hatte ich jedesmal am 1. Mai gefeiert, seit 1901 aber wurde der erste Mai Sonntag für diesen Zweck bestimmt. In diesem Jahre fand mir am 1. Mai zur Arbeit gegangen und feierten erst am nächsten Sonntag. Ein Spübel hatte uns aber betrogen. Wir wurden zu mehreren Tausend gekündigt. Da ich mittlerweile gekündigt hat, entschloß ich mich, wieder nach Dortmund zu ziehen. Auf Kaiserstuhl II geriet ich vom Regen in die Traufe. 1902 wurden sehr viele Feiertage eingelegt. Eines Tages geriet ich mit dem Obersteiger in Streit, weil er mir keinen Vorstoß geben wollte, den ich das erste Mal in meinem Leben beanspruchte. Sie lächelten in der guten Zeit sparen sollen“, war die Antwort, und schon lag ich draußen. Ich erhielt die sofortige Wehr. Sechs Schichten wurden mir eingehalten. Von Freunden erhielt ich Geld, um von Dortmund wieder fort-zukommen. Der alte Wächter kostete meine Klage gegen die Besse durch. Die Besse wurde beurteilt, mir nicht nur die eingehaltenen sechs Schichten, sondern wegen sofortiger Entlassung noch sechs Schichten und alle Löhne zu ersetzen. Ein schöner Gewinn für die Besse. Jetzt kam ich nach Weidertal auf historischen Boden. Hier war schon zu Laßalle Zeiten eine mächtige Arbeiterbewegung. Unser Ver-band hatte durch den alten Ritten ein gutes Fundament erhalten. Ein guter Stamm alter Verbandsmitglieder hielt hier die Wache am Rhein. Auch hier hieß es sofort: ein in den Kampf! Die Wachen standen vor der Tür, da gab es kein Halten mehr. Die Besseverwaltung trat uns hier nicht in den Weg, wenigstens nicht offen. Erst später sollten wir es anders erfahren. 1904 wurde ich von den Kameraden zum Ertragmann des alten Ritten bestimmt. Eine ganze Flut von Scheiden fließte sich mir entgegen. Selbst Ritten glaubte nicht an meine Wahl. Es kam aber anders. Am Abend des 10. September kam die Kunde von einem großen Sieg des Verbandes: zwei Drittel Mehrheit! Die Gegner lagen bestürzt auf dem Boden. Ritten starb leider noch vor Beginn meiner neuen Amtszeit, weshalb eine Neuwahl stattfinden mußte. Ich übernahm probitorisch die Geschäfte des Verbands.

Der Streik von 1905 kam. Die besten Kameraden blieben draußen. Auch ich war ganze sechs Monate ohne Arbeit. Viele sind ausgegangen, einige sind ganz verstorben. Im Juli 1905 kam die Neuwahl des Verbands. Die Besseverwaltung setzte alle Hebel in Bewegung, um uns den Sprengel, der seit 1892 im Besitz des Verbandes war, zu entreißen. Mit den unantuersten Mitteln wurde gekämpft. Resultat: aneinander Sieg des Verbandes. Die Gegner schämten sich ihrer Lagen. Jetzt hatte nicht mehr die Person, sondern das System gestiegt. Für mich ist diese Wahl zum Verhängnis geworden. Eine ganze Reihe von Wapregelungen habe ich noch erdulden müssen. Seit 1905 komme ich auf Besse Westende keine Arbeit. Ueber drei Jahre mußte ich bis zu 15 Kilometer zur Arbeitsstelle fahren, um leben zu können. Bin aber noch immer kampfesmutig. Etwas kretisch haben mich nur die Sparta-Kämpfer. Merbe aber auch wohl diese Kämpfer. August Kruse, Reichs-

Arbeitsleistungen im Bergbau.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Herr Bergat Witte-Macklinghausen in der „Vossischen Zeitung“ vom 30. August 1919 folgenden Artikel:

„In den Verhandlungen vor dem Ausschuss zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes ist ein zündender unauflöslicher Widerspruch hervorgetreten. Ein Teil der Arbeiterenschaft erklärt, daß er trotz der bereits erfolgten Kürzung der Arbeitszeit um 18 v. H. derart unter Ermüdung leide, daß er auf einer weiteren Verkürzung der Schicht bestehen müsse. Ein anderer Teil der Bergleute wird von seiner Berufstätigkeit so wenig in Anspruch genommen, daß er nach Beendigung seiner verkürzten Schicht in erheblichem Umfange Nebenarbeiten verrichtet. Eine Erklärung dieses früher nie beobachteten verschiedenen Verhaltens der einzelnen Leute ergibt sich aus der zahlenmäßigen Feststellung des Nährwertgehaltes der heutigen Bergmannslohn.

Die Schwerstarbeiterzulage, die sich nach Ort und Zeit vielfach geändert hat, besitzt gegenwärtig einen Nährwert von rund 400 Kalorien für den Kopf und Tag. Die Grundration liefert heute rund 1500 Kalorien für den Kopf und Tag, so daß dem Bergmann rund 1900 Kalorien für den Tag an zugewiesener Nahrung zur Verfügung stehen. Statistisch und durch Versuche ist nachgewiesen, daß diese Menge nicht einmal ausreicht, um einen erwachsenen kräftigen Menschen, der jede Anstrengung von sich fernhält, bei mittlerem Körpergewicht zu erhalten. Daher die körperliche Arbeitsleistung ist aber nur auf Grund eines Nahrungsüberschusses möglich. Der gegenwärtige Zustand ist also der, daß jede bergmännische und überhaupt jede gewerbliche Arbeit in Deutschland allein auf der Ueberkürzung der zugewiesenen Nahrungsmengen, und zwar in der Hauptache im Wege des Schleichhandels, beruht.

Die Versorgung der einzelnen Haushalte über die zugewiesenen Mengen hinaus ist sehr verschieden. Viele Arbeiter sind ganze oder teilweise Selbstversorger oder sie stehen der Landwirtschaft durch Verwandtschaft, Bekanntschaft und Nachbarschaft so weit nahe, daß ihr Nahrungsbedarf voll gedeckt ist. Diese Leute besitzen die Leistungsfähigkeit der Friedenszeit. Andere Haushalte sind, in unzureichendem Maße versorgt. Die Mitglieder solcher Haushaltungen bieten das Bild schneller Erschöpfung bei der Arbeit trotz der vorgenommenen wesentlichen Kürzung der Schichtzeit. Es ist nun ein Erfahrungssatz, daß die Gesamtleistung eines Betriebes sich nach den Arbeitsleistungen der am wenigsten leistungsfähigen Arbeitergruppen richtet. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die heutigen Betriebsverhältnisse beim Steinkohlenbergbau zu beurteilen. Die voll versorgten Arbeiter stellen sich ungefähr auf die Durchschnittsleistung der schwächeren Leute ein und nutzen den überflüssigen Rest ihrer Arbeitskraft zu irgendwelchen nicht bergmännischen Nebenarbeiten, z. B. zu landwirtschaftlicher oder zur Maurerarbeit, aus.

Das einzige Mittel, um die Arbeitsleistungen der Gesamtbelegschaft bis zum Stand der Friedensleistung zu heben, wäre eine durchgreifende Verbesserung der Ernährung. Da zu Wohlstand vornehmlich Kohlehydrate gebraucht werden, wäre Brot, Mehl und Kartoffeln für die gesamte bergmännische Bevölkerung über die Ration hinaus bis zur vollen Sättigung zur Verfügung zu stellen. Die Haushaltsverhältnisse allein, also die bernünftigen Vergleiche, voll zu versorgen, wäre unausführbar, da man dem Manne nicht zuzumuten kann, die eigene Nahrungsaufnahme bis zur Erreichung der höchsten Leistungsfähigkeit zu steigern und seine Angehörigen hungern zu lassen. Daß eine Familie mehr verzehrt als sie braucht, ist nicht zu bestreiten, denn fettleibige Bergleute haben schon in Friedenszeiten zu den großen Seltenheiten gehört. Die in der bekannten Denkschrift vom Dezember 1911 „Die deutsche Volksernährung und der englische Ansehungerkampf“ aufgestellte Behauptung, der Nahrungsverbrauch in Deutschland übersteige den Bedarf um fast 60 v. H., ist irrig und lediglich auf eine Mischung von Zahlenfehlern zurückzuführen. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Belegschaften durch eine durchgreifende Verbesserung der Ernährung, also auf kalorischen Wege, ist das einzige Mittel, um im nächsten Winter eine Stilllegung unserer Industrie durch Kohlenmangel zu vermeiden. Alle anderen Vor schläge treffen den Kern der Sache, die tatsächlich vorhandene geringe Leistungsfähigkeit eines erheblichen Teiles der Arbeiterschaft, nicht. Ausbesserung hätte eine weitere Erhöhung der Löhne nur den Erfolg, die Schleichhandelsbereiche in den Industriebetrieben zu steigern und den Verbrauchern die wenigen Kohlen, die sie erhalten würden, noch unerschwinglich zu verteuern.“

Herr Bergat Witte vertritt hier die Ansicht, daß die Leistung nur gehoben werden kann durch Steigerung der Ernährungszufuhr bis zur vollen Sättigung. Diese Ansicht deckt sich mit der unserer, die wir während der Kriegszeit wie auch nachher immer vertreten haben. Wir haben dabei immer und immer wieder geltend gemacht, daß die unterirdische Tätigkeit, besonders in den eigentlichen Gewinnbetrieben, außerordentlich schwer und aufreibend sei. Besonders in den Kohlen- und Gesteinsbetrieben werden an die Arbeitskraft die denkbar höchsten Anforderungen gestellt. Hierzu kommt, daß die Grubenluft ja ohnehin außerordentlich erschöpfend wirkt. Auf Antrag der Abgeordneten Loebe, Hne, Ambusch und Genossen hat daher die Nationalversammlung am 15. August u. a. beschlossen, daß die Bergarbeiterarbeit besser mit fettreicher Nahrung versorgt werden soll. Wir haben darüber in Nr. 35 der „Bergarb.-Ztg.“ berichtet. Können wir, daß recht bald den Beschlüssen der Nationalversammlung entsprechend, verfahren wird.

Volkswirtschaftliche Mundschau.

Kohlenenergie.

Der frühere Direktor der Berliner Sternwarte, Prof. Dr. Wilhelm Becker, der, als hochbetagter Mann bei Potsdam lebend, in bedeutungsvoller Weise den Ereignissen unserer Zeit zuschau, lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unwirtschaftliche Art, mit der im allgemeinen die jetzt so wertvolle Kohle verfeuert wird. Schon vor im als 30 Jahren, als die von ihm betreute Sternwarte noch im Innern von Berlin lag, bekämpfte er die großen Verfrachte, die mit der Unvollkommenheit der Kohlenverbrennung in den Fabriken und Häusern verbunden sind und für die er als Astronom ganz besonders empfindlich sein mußte, weil die Verqualmung der Atmosphäre die Sternbeobachtung immer mehr erschwerete. Er führte in Verbindung mit dem großen Hygieniker Robert Koch den Nachweis, daß die Kohlenverbrennung erheblich verbessert werden könne; die Ammoniak würde dadurch vor einer übermäßigen Verunreinigung durch Ruß und schwefelige Säure bewahrt, die Verwertung der Kohle dadurch erheblich verbessert.

Seit jenen Tagen seines ersten Kampfes sind in der Tat vielerlei Verbesserungen der Kohlenverbrennung durchgeführt worden. Aber wenn man überlegt, daß heute noch in den Eisenbahnlokomotiven der Heizwert der Kohle nur zu etwa 6 Prozent ausgenutzt wird, daß eine Hausheizung schon als gut gilt, wenn sie etwa 20 Prozent des Heizwertes der Kohle ihrem eigentlichen Zweck dienlich macht, wird man gestehen müssen, daß auf diesem Gebiete noch mancherlei nachzuholen und zu

verbessern ist. In dieser Zeit schimmert Kohlennot, wo wir mit einem vollkommenen Niederbruch der Kohlenwirtschaft rechnen müssen und vor einem Winter stehen, der so furchtbar werden kann, wie sich ihn die wenigsten Menschen ausmalen vermögen, gewinnt die Frage der Kohlenverbrennung besonders große Bedeutung. Und wenn Deutschland überdies in der Zukunft die schweren Bedingungen des Friedensvertrages erfüllen will, muß es ebenfalls in ganz anderer Weise als bisher auf Kohlenverbrennung achten.

Wir werden vielleicht dazu übergehen müssen, die Verbrennung von Kohlen überhaupt durch Gase zu verbieten. Das bedeutet, daß die Kohle möglichst am Orte ihrer Förderung zunächst in ihre Bestandteile zerlegt werden muß. Wir gewinnen dann Koks, Ammoniak, Gas, Öle, Teer und vielleicht noch andere Nebenprodukte. Die Setzung hätte entweder durch Koks oder durch Gas oder durch elektrische Energie zu erfolgen, was nicht nur Kohlenersparnis, sondern auch erhebliche hygienische Vorteile mit sich bringen würde. Bis es dazu kommt, wird aber noch geraume Zeit vergehen, weil die Durchführung eines solchen großartigen Planes gewaltige Vorarbeiten nötig macht.

In der Zwischenzeit dürfen wir nicht müßig sein, sondern müssen mit äußerster Energie auf eine Verbesserung unserer Heizungsrichtungen und Heizungsarten dringen. Man hat erst allmählich in unserer Volkswirtschaft einsehen gelernt, daß der Beruf des Heizers ein ungemein wichtiger und im Haushalt des Volkes unter Umständen entscheidender ist. Wenn sich alle beteiligten Kreise, d. h. die öffentlichen Verwaltungen, die Fabrikbesitzer und die Hauseigentümer mit den berufsmäßigen Heizern zusammenschließen, dann muß es möglich sein, anerkannt gute Heizungsrichtungen und Heizungsarten mit Auswendung verhältnismäßig geringer Mittel weiter zu verbreiten und so zu einer beträchtlichen Ersparnis an Heizmaterial zu kommen. Soweit das noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit möglich ist, sollte auf diesem Gebiete nichts unterlassen werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutsche Kohlen für die Entente.

Uns Verfaßtes verbreitet M. L. B. die folgenden Mitteilungen: Die seit Wochen in Versailles geführten Verhandlungen über die nach den Friedensbedingungen an die Entente zu liefernden Kohlen für jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Bekanntlich ist Deutschland nach dem Willen der Friedensbedingungen zu Kohlenlieferungen bis zu etwa 13 Millionen Tonnen im ersten Jahre verpflichtet. Von Anbeginn der Verhandlungen an ist deutschseits betont worden, daß bei der augenblicklichen Wirtschaft- und Arbeitslage in Deutschland, die im Winter zu einer schweren Kohlennot führen würde, eine Lieferung in diesem Umfange die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würde, ja, daß nach dem jetzigen Stande der Förderung Deutschland überhaupt nicht in der Lage sei, Kohlen in irgendeiner nennenswerter Menge auszuliefern. Die Entente hat dann unter der Voraussetzung, daß mit den Kohlenlieferungen sofort, nicht erst, wie im Friedensvertrage vorgeschrieben, 30 Tage nach dessen Inkrafttreten begonnen werde, ihre Forderungen zunächst auf 20 Millionen Tonnen jährlich ermäßigt. Die deutschen Unterhändler bestanden demgegenüber immer wieder darauf, daß, selbst wenn mit den Kohlenlieferungen gleich begonnen würde, durchaus keine Sicherheit dafür bestehe, daß in den kritischen Zeiten des kommenden Winters die verlangten Lieferungen aufrechtzuerhalten seien. Es müsse aber unter allen Umständen für Deutschland ein Minimum beibehalten werden. Nur bei einer etwaigen Mehrförderung könne eine Kürzung an die Entente in Betracht kommen. Es gelang bei den Verhandlungen leider nicht, diesen Standpunkt bei der Entente zur Geltung zu bringen. Es wurde abgelehnt, eine Vereinbarung zu treffen, die den nötigen Eigenverbrauch Deutschlands sicherstellen würde. Die Entente hat vielmehr ihre Forderungen endgültig wie folgt formuliert: Deutschland hat in den nächsten sechs Monaten, beginnend vom Zeitpunkt der Inkraftsetzung an die Entente, Kohlenlieferungen zu leisten, die einer Jahresförderung von 20 Millionen Tonnen entsprechen. Steigt die Gesamtförderung Deutschlands über die gegenwärtige Jahresförderung von etwa 103 Millionen Tonnen, so sind von der Mehrförderung bis 128 Millionen Tonnen 60 Prozent, darüber hinaus 50 Prozent zu liefern, bis das Gesamtmaß der in den Friedensbedingungen vorgesehenen Pflanzlieferung erreicht ist. Fällt die Gesamtförderung unter 103 Millionen Tonnen, so wird die Entente die jeweilige Sachlage nach Anhören Deutschlands prüfen und ihr Rechnung tragen. Diese Grundlage soll jedoch nur dann Geltung haben, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt.

Trotz der außerordentlich schweren Bedenken, die deutschseits auch gegen diese Forderung der Entente mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftslage bestehen, hat die deutsche Regierung beschloffen, schon jetzt mit den Lieferungen zu beginnen. Sie hat sich hierzu im Vertrauen darauf verstanden, daß die Entente nicht auf den Lieferungen in der verlangten Höhe bestehen wird, wenn nachweislich die Wirtschaftslage Deutschlands dadurch erschwert werden würde. Im gegenseitigen Augenblick war eine andere Lösung der schwierigen Frage nicht zu erzielen. Deutschseits wird deshalb an die Entente aller Beteiligten, insbesondere auch der Arbeiter in den Bergwerken und bei den Eisenbahnen, appelliert, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht, damit durch eine Erhöhung der Förderleistung und durch raschere Herstellung von Beförderungsmitteln und die Möglichkeit gegeben wird, der Entente den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk den ersten Willen hat, den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Auf der anderen Seite aber darf Deutschland erwarten, daß die Entente die Bedeutung unseres Entgegenkommens in der Kohlenlieferung nach Gebühr würdigen und im Laufe der ferneren Verhandlungen in Versailles den herabgehenden finanziellen und wirtschaftlichen Wünschen Deutschlands Rechnung tragen wird.

Diese Mitteilungen hat auch das „Vossische Volksblatt“, Organ der U. S. V., am 2. September sogar an leitender Stelle übernommen. Dasselbe Blatt, das bisher in der schärfsten Weise immer zum Streit gegen und die „Gewerkschaftsbögen“ als Arbeitervertreter beschimpft hat, weil sie diesen selbstberücksichtigenden Unfug nicht mitmachen, appelliert hier an die Einsicht aller Beteiligten, insbesondere der Bergarbeiter und Eisenbahner, „daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht, damit durch eine Erhöhung der Förderleistung und durch raschere Herstellung von Beförderungsmitteln und die Möglichkeit gegeben wird, der Entente den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk den ersten Willen hat, den Friedensvertrag loyal durchzuführen.“ Wie lange wird diese bessere Einsicht beim „Vossischen Volksblatt“ anhalten?

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Hunderttausend Mitglieder im Bauarbeiterverband.

Die neueste Nummer des „Grundstein“ ist in einem Festgewand erschienen. Grund dafür ist die erfreuliche Tatsache, daß das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes eine Auflage von 402 000 Exemplaren erreicht hat. Der vorliegenden Nummer entnehmen wir folgende Angaben über die Entwicklung des Verbandes während des Krieges: Der „Grundstein“ hatte vor dem Kriege seine höchste Auflage im Sommer 1918 erreicht. Damals erschien seine Nr. 26 in 457 600 Exemplaren. Infolge der schlechten Banntätigkeit ging dann die Mitgliederzahl und damit die Auflage wieder zurück. Bei Ausbruch des Krieges 1914 kam die Nr. 32 noch in 323 000 Exemplaren heraus. Dann kam infolge der Einziehungen zum Querschnitt die Auflage zurück. Mit der Nr. 49 vom 27. November 1916 erreichte sie ihren tiefsten Stand, 101 600 Exemplare wurden noch ausgegeben. Das Hilfsdienstgesetz brachte dann eine Belebung der Agitation und einen schönen Aufschwung der Mitgliederzahl. Bis zum 1. Oktober 1917 stieg die Auflage auf 116 500, um dann mit den erneuten starken Einziehungen wieder auf 111 900 bei Beendigung des Krieges zu sinken. Von da an stieg die Auflage auf 262 000, Ende April auf 299 000, Ende Mai auf 306 000, Ende Juni auf 359 000, Ende Juli auf 383 000 und mit dieser Nummer stieg sie auf rund 402 000.

Neue Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe kamen am 28. August freudigender Dauer zum Abschluß. Die Prinzipale forderten einen Abbau der Teuerungszulagen a) für das gesamte besetzte Gebiet sowie für alle Orte bis zu 5 Proz. Lokalzuschlag um 20 M. pro Woche, b) für alle übrigen Druckorte im Deutschen Reich um 10 M. pro Woche unter Fortzahlung der so ermäßigten Teuerungszulagen bis zum 31. Dezember d. J., während die Gehilfen nicht nur jedweden Abbau ablehnten, sondern eine weitere Erhöhung der bisherigen Zulagen verlangten. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande: Die bisherigen Teuerungszulagen werden ab 1. Oktober erhöht um 6 M. in Orten bis mit 5 Proz. Lokalzuschlag, um 8 M. in Orten mit 7 1/2 und 10 Proz. Lokalzuschlag, um 10 M. in Orten mit 12 1/2 Proz. Lokalzuschlag und um 12 M. in Orten mit mehr als 12 1/2 Proz. Lokalzuschlag. Für

Maschinenheber erhöhen sich die Teuerungszulagen an allen Orten um 25 Prozent. Gehilfen im ersten Gehilfenjahre erhalten die Hälfte der neuen Teuerungszulage. Die vorstehend festgesetzten Sätze gelten bis zum 31. März 1920; bis zum 30. September bleibt es bei der bisherigen Zulage. In kleineren Druckorten bis zu 2 1/2 Proz. Lokalzuschlag und mit nicht mehr als zehn Gehilfen kann die wöchentliche Zulage von 6 M. ermäßigt oder erlassen werden, wenn die örtlichen Verhältnisse dies rechtfertigen. Verständigung zwischen beiden Teilen ist Voraussetzung. Desgleichen bei der Behandlung von Druckorten im besetzten Gebiete mit geringeren Lebensbedingungen. Im Streitfall entscheidet das Tarifamt. Bezüglich des eventuellen Abbaues der Teuerungszulagen einigte man sich auf die Einteilung neuer Verhandlungen vor dem 31. März 1920, falls eine wesentliche Senkung der Preise für den Lebensunterhalt (10 Proz. und mehr gegen den Stand von heute) eintrete, wobei sich die Gehilfenvertreter vorbehalten, bei wesentlicher Steigerung der Preise Forderungen zwecks eines Ausgleiches zu stellen.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit war diesmal nicht zu erreichen, diesbezügliche Anträge werden anlässlich der Tarifverhandlungen erneut zur Beratung gestellt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde noch eine Kommission eingesetzt, die nach Abschließung des Betriebsratsgesetzes durch die Nationalversammlung die gesetzlichen Vorschriften über Betriebsräte in den Tarif hineinarbeiten soll. Das Verhandlungsergebnis über die Erhöhung der Teuerungszulagen wird zwar die Arbeitnehmer nicht voll befriedigen; immerhin schafft die ausgeprochene Erhöhung des Lohnes eine gewisse Erleichterung in der Lebenshaltung. Vor allem konnte der Wunsch der Unternehmern abgefragt werden, in dieser teuren Zeit an einen Abbau der Teuerungszulagen heranzugehen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zur Frage der Verkürzung der Arbeitsdauer im Steinkohlenbergbau

Ist einer Anzahl von Bechen ein Flugblatt zur Verteilung an die Belegschaften zugegangen, betitelt: „Die katastrophale Lage unserer Kohlenversorgung“. Das Flugblatt enthält die beiden Gutachten, die von den Herren Geheimrat K. L. A. n. e. r - Duisburg und Generaldirektor A. D. n. g. e. l. e. r im Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeittfrage im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes erlassen worden sind. Aus verschiedenen Anfragen teilen wir mit, daß die Bergarbeiterorganisationen mit der Verteilung der Flugblätter nichts zu tun und dieselben auch nicht beauftragt haben. In der vorliegenden Form gibt das Flugblatt nur ein einseitiges Bild, weil die Ausführungen der Arbeitervertreter darin nicht enthalten sind.

Ist der Leistungsfähigkeit gesunken?

Bereits jeden Tag wird in der Presse der Oeffentlichkeit kundgetan, wie die Arbeitsleistung des Bergarbeiters gesunken ist. Leser, die nicht wissen, mit welcher Mühe der Bergmann die Kohlen aus der Tiefe heranzubringen muß, glauben solches und halten ihn für faul. Auch der Bergmann leidet und kranke. Jeden Tag schafft er treu und redlich, trotzdem kann er immer aus der Zeitung erfahren, daß seine Leistung um 10 und selbst Prozent gesunken ist. Solches fördert die Arbeitsfreudigkeit nicht und manches harmlose Wort wird geflüstert über eine solche einseitige Verleumdung. Auch die Bergarbeiter auf dieser Seite können solches nicht begreifen, denn dem einem Sinken der Leistung kann hier gar keine Rede sein, wohl von einem Sinken der Förderung. Dasselbe ist aber darauf zurückzuführen: 1. Sie sind mindestens 200 bis 250 Arbeiter weniger beschäftigt wie vor dem Kriege, 2. die Ueberflüssigen fallen weg und 3. die Schichtverlängerung. Vor einiger Zeit wurde von der Verwaltung erklärt, daß die Leistung vor dem Kriege um 4 Prozent höher gewesen wäre wie jetzt. Also die Verwaltung rechnet nur 4 Prozent Minus bei der Arbeitsleistung heraus. Wenn man sich nun vorstellt, daß die 200-250 Mann, die weniger beschäftigt werden, in erster Linie bei der Kohlengewinnung beschäftigt waren, so kommt man zu dem Schluß, daß die Leistung nicht gesunken ist, sondern vielmehr noch höher steht wie vor dem Kriege.

Zu dieser Schlussfolgerung kommt man auch noch besonders, wenn die Höherleistungen in Rechnung gezogen werden. Dieselben sind auf jeden Fall ungenügender wie vor dem Kriege. Auch dies könnte noch näher beleuchtet werden. Also nochmals: Niemand ein Sinken der Leistung ist über der heutigen Schichtanlage zu verzeichnen seit Kriegesbeginn, sondern die Leistung ist mindestens dieselbe, wenn nicht noch höher trotz der schlechten Ernährung. Hier erfüllt der Bergmann seine Pflicht, und wenn die Sache richtig untersucht wird, auf den anderen Bechen jedenfalls auch. Darum fort mit der Arbeit, die Leistung wäre gesunken. Dadurch ist man nur Mühsam und Unzufriedenheit. Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Bergmann seine Pflicht der Allgemeinheit, also dem Staat gegenüber voll und ganz erfüllt.

Die Kohlenförderung muß gehoben werden, wenn unser wirtschaftliches Leben wieder in Fluss kommen soll. Auch wir Bergarbeiter erkennen dieses an. Diese Lösung kann nur stattfinden, wenn mehr Arbeiter im Bergbau beschäftigt werden. Darum Arbeitsbedingungen her, damit nicht eine Abwanderung, sondern eine Zubanwendung zum Bergbau eintritt. Es dürfen nicht mehr lange Beratungen stattfinden oder Kommissionen gebildet werden, um Untersuchungen vorzunehmen, sondern Taten müssen gezeigt werden! Schafft andere Pensionsverhältnisse! Regelt die Urlaubsfrage, wie sie bei den anderen Berufen, speziell bei den Bahnarbeitern geregelt ist. Ein Urlaub soll zur Erholung dienen, und eine solche steht dem Bergmann in erster Linie zu. Also Gleichstellung mit den anderen Berufen und Vorrangrechte in Lohn- und Arbeitszeittfragen. Und dann: warum wird das Kindergeld bei uns Bergarbeitern nicht besser ausgebaut?

Ein jeder weiß, daß gerade der Familienvater mit den Vätern des Lebens am schwersten zu kämpfen hat, daß derselbe oft nicht weiß, wo er das Geld hernehmen soll, um die notwendigste Nahrung und Kleidung für sich und die Kinder zu beschaffen. Den Beamten wird jetzt 50 Mark pro Kind und Monat gegeben. Warum wird nicht auch bei den Bergarbeitern dieses eingeführt? Auch hier etwas sozial gedacht und gehandelt! Wenn diesen berechtigten Forderungen der Bergarbeiter entgegengekommen wird, dann wird auch der Bergbau die nötigen Arbeiter wieder bekommen können, und die Förderung so zu heben, wie es erforderlich ist. Wandler gelehrte Kumpel, der dem Bergbau den Rücken gekehrt, wird wieder dorthin zurückkehren und Freude an seinem alten Beruf finden. Heinrich Berkemann.

Mehr Rechte den Betriebsräten.

Wie notwendig es ist, daß man den Betriebsräten mehr Rechte einräumt und dieselben liberaler Einsicht nehmen läßt, bezeugt folgender Fall: Auf Holland III entdeckten unsere Kameraden vom Betriebsrat durch Einschaltung der Schichtzeittel und Lohnauszüge, daß hier sogenannte blinde Passagiere geführt wurden, wodurch die Bege um Laufende von Mark geschädigt wurde. Als Ursache dieser Betrugsereien wurden ein Fabrikarbeiter und der Maschinenmeister entdeckt und in die Wüste gejagt. Auch ließen sich genannte Herren Schreibsekretäre usw. auf Kosten der Bege auffertigen. Wer nun etwa glaubt, daß man unseren Kameraden weiter in die Lohnlisten Einsicht nehmen läßt, der irt ganz gewaltig. Der Herr Professor Schulze-Wechsungen verlangt, daß man sie nennen. Woher aber sollen unsere Kameraden Koks und Reiter kennen lernen, wenn man ihnen jede Einsicht in die Lohnlisten verweigert und nur Auszüge — auch diese nur mit Genehmigung der Belegschaft — machen will. Auf dieser Schichtanlage scheint manches nicht in Ordnung zu sein. So haben drei Tafelführer unseren Kameraden eingeschanden, daß die Kohlentafel nicht immer reell geführt, sondern Kehlen ab- und auch zugeschrieben wurden. Ein Tafelführer will vor Gericht bestehen, daß allein im September 1918 1300 Wagen zugeschrieben worden sind, welche dann auch später wieder abgeschrieben werden mußten. Hierdurch sollen einerseits die Kameraden, andererseits auch die Bege geschädigt sein. Trotzdem nun der Direktor diese Fälle bekämpft und versucht man doch, den Betriebsführer als Urheber dieser Schiedungen zu halten und läßt sich wenig oder gar nicht an die Beschwerden der Belegschaft. Auf anderen Werken würde ein Betriebsführer, wenn nur der leiseste Verdacht auf seine Person fielen, ohne weiteres entlassen werden. Selbst Herr Regierungsrat Fahrhorts in Sörde gebad unseren Kameraden solches in einer Sitzung am 4. April in Sörde ohne weiteres ein. Doch warten unsere Kameraden sich heute noch auf eine nähere Untersuchung. Nächstens mehr.

Der Betriebsrat von Holland III, Helfenstrichen. Rutenbeck. Schöne. Adler. Hier haben wir ein Schulbeispiel dafür, wie schwer es den Betriebsräten gemacht wird, ihre zwischen den Organisationen vereinbarten und durch den Erlaß des Reichskommissars Geberting noch enger umgrenzten Aufgaben zu erfüllen. Aber unsere Kameraden lassen nicht locker, sie wehren sich und nehmen jetzt ihre Flucht in die Oeffentlichkeit.

So muß es in allen Fällen gemacht werden. Sich wehren bringt Ehren. Nur so können wir nach und nach den rassen Herrengeist überwinden.

Wie neuern wir den Kohlennot?

Das ist wohl leichter gesagt als getan. Wo die Kraft noch hernehmen, wenn man sich schon überanstrengt hat? In den Bergarbeitern liegt es nicht; wenn auch hier und da ein Dillideberger darunter ist, tut nichts zur Sache.

Werden vorhandene Verkehrsmittel und Wege ausgenutzt?

Die Direktion der Zeche Reddinghausen I ist betreffs des Kanalanflusses sehr zurückhaltend. Seit 1914 ist der Kanal betriebsfähig und fünf Jahre arbeitet man schon Projekte aus, um den Transport zu Wasser zu ermöglichen.

Seit längerer Zeit soll eine provisorische Anlage errichtet werden, welche den Waggongang erheblich herabsetzen würde. Es ist geplant, die Kohlen mittels Förderwagen und Druckluftlokomotiven zur Seifenanlage zu bringen.

Die Folgen eines Waggonganges sind Feuerschichten, welche wir doch in der jetzigen schweren Zeit des Kohlenmangels unbedingt nach Möglichkeit verhindern müssen; diese können zum größten Teil vermieden werden, wenn die provisorische Anlage errichtet wird.

Die Folgen eines Waggonganges sind Feierschichten, welche wir doch in der jetzigen schweren Zeit des Kohlenmangels unbedingt nach Möglichkeit verhindern müssen; diese können zum größten Teil vermieden werden, wenn die provisorische Anlage errichtet wird.

Man sucht immer dem Bergmann die Schuld an dem Kohlenmangel in die Schuhe zu schieben; vorliegendes beweist jedoch, daß selbiger gewiß ist, der Allgemeinheit gegenüber seine Pflicht zu erfüllen.

Hoffentlich fragen vorstehende Zeilen dazu bei, daß die Öffentlichkeit sich mit dieser Sache beschäftigt und berufene Stellen uns unterstützen, da doch ein Allgemeininteresse vorliegt und wir erst dann unsere Pflicht erfüllt haben, wenn alles in Bewegung gesetzt worden ist, um die Transportschwierigkeiten zu beheben.

Süßan Lippman, Reddinghausen-Süd.

Überbergamtsbezirk Bonn.

Unternehmertum und die gelbe Schutztruppe.

Wir fühlen nicht das Bedürfnis, uns mit dem Aderbühnen, das die gelbe Unternehmerruppe hier an Mitgliederbestand aufzuweisen hat, zu beschäftigen; der Grund ist vielmehr der, daß die Betriebsleitungen der Grubenbesitzer im Lohn-Direktor usw. öffentlich in den Betrieben Propaganda für die Gelben betreiben und dadurch Unstimmigkeiten und Unzufriedenheit in die Belegschaften hineintragen.

Arbeiterrechte auf der Baugrube in Sessen.

Die Arbeiter der Baugrube Sessen bei Grünberg hatten beim Schlichtungsamt in Sessen ein Verfahren in eigener Handlung bet. Lohnes und Entschädigung in Folge Feuerschichten beantragt. Der Schlichtungsamt hatte am 20. Juni d. J. den besagten und so viel besprochenen Entscheid. gefällt, wonach u. a. den betroffenen Arbeitern 20 Proz. Entschädigung für die Feierschichten zuerkannt wurden.

bei der Firma Hof glaubt man eine Ausnahme machen zu müssen. Man glaubt man auf diese Weise ein gutes Einvernehmen herzustellen zu können? Oder sind das die demokratischen Grundzüge, worauf man sich in der Vorberhandlung berief?

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Verammlung der Burger Bergarbeiter.

Am 24. August fand im Gasthof Kleinmaubach (Rautenschers Grund) eine Belegschaftsversammlung der Burger Bergarbeiter statt. Der Arbeiterauschuss erstattete eingehend Bericht über seine Tätigkeit. Da das Burger Werk in Staatsbesitz übergeht, erhalten alle Beschäftigten, welche im Dezember 1918 im Betriebe in Arbeit waren, im September eine einmalige Geldzahlung von 50 bis 150 M.

Überbergamtsbezirk Breslau.

Konferenz in Niederschlesien.

Eine wichtige Konferenz der Vertrauensleute, Arbeiterauschussmitglieder und Betriebsräte unseres Verbandes fand am 31. Aug. in der Herberge zur Heimat in Waldenburg statt. Als erster Punkt der Tagesordnung stand die Arbeitskammerwahl für das niederschlesische Berggebiet zur Verhandlung. Kamerad Dietrich wies einleitend darauf hin, daß unsere am 28. März in einer Konferenz im Hotel Bierhäuser gestellte Forderung, eine Arbeitskammer für das niederschlesische Berggebiet zu errichten, von Erfolg war.

Von Breslau waren drei Vertreter und eine Vertreterin von der dortigen Arbeiterkammer als Gäste anwesend. Sie traten als Willkür gegen die hiesigen Bergarbeiter, damit diese ihnen in ihrer großen Notlage helfen.

Die am 31. August 1919 auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes, Bezirk Waldenburg, versammelten Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes und Arbeiterauschussmitglieder der Gruben erkennen an, daß die durch Kohlenmangel bedingte Notlage der Breslauer Bevölkerung schneller Abhilfe bedarf.

Die am 31. August 1919 auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes, Bezirk Waldenburg, versammelten Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes und Arbeiterauschussmitglieder der Gruben erkennen an, daß die durch Kohlenmangel bedingte Notlage der Breslauer Bevölkerung schneller Abhilfe bedarf.

Ein neuer Heftbrief.

Zu dem auch von uns in Nr. 35 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichten Heftbrief erklärt der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter folgende Erklärung:

Die sozialdemokratische Gewerkschafts- und Tagespresse veröffentlichte einen Brief, der an den Bezirksleiter Köppler des alten Verbandes in Oberleschen gerichtet war und von dem ehemaligen Bezirksleiter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter des dortigen Reviers beantwortet wurde.

Diese Erklärung läßt den Sachverhalt nicht klar erkennen und darum müssen wir nochmals darauf zurückkommen. Am 26. November 1918 fand die Arbeiterkammer des Gothaer Reviers an unseren Kameraden Heinrich Köppler einen Brief, welcher Forderungen der Belegschaft enthielt. Diesen Brief hat Köppler nie erhalten.

An die Verbandsmitglieder.

Die 21. Generalversammlung hat beschlossen, daß der Aktionsauschuss abgeschafft wird und an dessen Stelle eine dauernde Generalversammlung treten soll. Die Wahl der Delegierten und deren Ermächtigung soll baldig vorgenommen werden.

1. Die Generalversammlung wird durch Delegierte gebildet, welche durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit einfacher Mehrheit.

2. Der Vorstand bestimmt den Wahltag und die Wahlordnung. Letztere muß mindestens 3 Wochen vor dem Wahltag im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

3. Für das ganze Verbandsgebiet werden 150 Delegierte und die doppelte Anzahl Ersatzmänner gewählt. Die Delegierten werden auf die einzelnen Verbandsbezirke entsprechend der Mitgliederzahl verteilt. Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, daß auch die kleinen Bezirke mindestens einen Vertreter erhalten.

4. Der Berechnung der Mitgliederzahl in den Bezirken sind mindestens 43 Wochenbeiträge zugrunde zu legen. In Bezirken mit höherer Beitragsstellung gilt die in der Mitgliederstatistik angegebene Mitgliederzahl.

5. Die Einteilung der Wahlabteilungen erfolgt von der Bezirkskommission.

6. Die Delegierten haben sich durch ein vorschrittsmäßig ausgefülltes Mandat auszuweisen.

7. Mitglieder des Vorstandes, des Kontrollauschusses, die Kassier, die Revisor und die Bezirksleiter haben auf der Generalversammlung zu erscheinen, aber nur dann Stimmrecht, wenn sie ein Mandat haben. Nur bei Abstimmungen über taktische Fragen haben auch die Verbandsangestellten Stimmrecht.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, daß die Wahl am Sonntag, den 2. November 1919, von 2 bis 6 Uhr nachmittags stattfinden soll.

Das gesamte Verbandsgebiet wird unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Mitgliederzahl im ersten Halbjahr 1919 in 150 Wahlbezirke eingeteilt.

Die Wahlabteilungen sind die Zahl der auf die einzelnen Bezirke entsendenden Delegierten nach mitgeteilt und haben diese nach § 52 Abs. 5 die Einteilung der Wahlabteilungen vorzunehmen.

Die Wahlabteilungen werden im Verbandsorgan veröffentlicht und können die Zahlstellen dann zur Wahl Stellung nehmen und die Kandidaten aufstellen.

Bei der Wahl und deren Vorbereitung sind vorstehend angegebene Bestimmungen des Statuts und die in Nr. 31 veröffentlichte Wahlordnung zu beachten.

Wochum, den 31. Juli 1919. Der Verbandsvorstand.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 7. bis 13. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An die Verbandsmitglieder.

Es mehren sich immer noch die Beschwerden aus anderen Berufen darüber, daß Bergarbeiter und leider auch Verbandsmitglieder neben ihrer Berufsarbeit noch in anderen Berufen Löhnen als beruflich vereinbart arbeiten.

Wir müssen das Verdrüßliche solcher Nebenarbeiten als Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und für ein Verbandsmitglied als unwürdig bezeichnen. Die Generalversammlung hat durch Annahme des Antrages Nr. 55h Korschel u. Gen. sich auf denselben Standpunkt gestellt.

Das Protokoll der 21. Generalversammlung.

ist erschienen. Dasselbe kostet für Mitglieder 1 M., für Nichtmitglieder 3 M. Wir eruchen die Zahlstellenleitungen, die Bestellungen jetzt sofort der Buchhandlung zugehen zu lassen.

Mit der dieswöchentlichen Zeitungsendung erhalten die Zahlstellen ein Exemplar des Entwurfs des Betriebsrätegesetzes. Sollte eine Zahlstelle irrtümlich übersehen sein, dann bitten wir um gefällige Mitteilung.

Die Zahlstellen erhalten diese Woche ein Exemplar der Zeitschrift „Lese“ und einen Prospekt zur Werbung neuer Leser.

Rechtsschutz.

Dortmund. Das Arbeitersekretariat in Dortmund bleibt von jetzt an Samstag nachmittag geschlossen. Dafür wird jeden 2. und 4. Samstag im Monat, nachm. von 3 bis 6 Uhr, in Pöhlgen Dortmund, Marktstr. 10, Rechtsschutz erteilt.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern. Dahlenhausen I. Vom 16. September bis 1. Oktober. Dahlen-Courl. Nach dem 10. September.

Adressenveränderungen.

Eigen I. Vertrauensmann: Jakob Wilhelm, Vottrop-Eigen, Kasseisenstr. 40a; Kassierer: Emil Dorn, Vottrop-Eigen, Buchstr. 7. Gersdorf. Vertrauensmann: Georg Wanka, Gersdorf, Gohgraben 143f; Kassierer: Franz Fröhlich, Mühlstr. 230.

Sonnenberg I. Vertrauensmann: Reinhard Wüchel, Sonnenberg, Grabenstraße 8. Königshütte. Paul Smolka, Königshütte, Wasserstr. 131. Lautenthal. Vertrauensmann: Albert Alledé, Lautenthal, Hinterstraße 137.

Quersdorf. Hermann Franke, Quersdorf, Werseburgerstr. 23. Stadheim. Vertrauensmann: Joh. Weigand, Stadheim Nr. 80. Waldsassen. Johann Vins, Waldsassen, Poppenstr. 8.

Kassieramt! Für die Zahlstelle Wochum soll ein Kassierbeamter angestellt werden. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes, mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut und rechnerisch befähigt sein. Bewerbungen sind bis zum 21. September an Edmund Graf, Essen-Ruhr, Steeler Straße 17, einzulegen.

Silberkraft gesucht!

Für das Bezirksbureau in Hildesheim macht sich die Anstellung eines Hilfsbeamten erforderlich. Gesucht wird eine tüchtige Kraft, die mit allen Verwaltungs- und Bureauarbeiten sowie der Gewerkschaftspraxis vertraut ist. Bewerbungen sind unter Beifügung des Lebenslaufes und eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis zum 20. September an das Bezirksbureau in Hildesheim, Goldschmidtstraße 24, zu richten.